

Evaluation von „Ökotourismus“ tut Not

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass das „Internationale Jahr des Ökotourismus 2002“ in erster Linie den Interessen der internationalen Tourismusunternehmen dienen wird. Verlangt wird eine grundlegende Überprüfung des „Ökotourismusmodells“.

Marianne Frei, Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung (akte)

Die landschaftliche Schönheit und die traditionellen Reisterrassen haben die Kordillieren-Region im Norden der Philippinen weltberühmt gemacht. Die Attraktivität für auswärtige BesucherInnen wird durch die oft als „exotisch“ angepriesene Vielfalt der indigenen Kordillierenvölker noch erhöht. Ein „ideales Tourismusgebiet“, findet die philippinische Regierung, die hier mit Hilfe von „Ökotourismus“ Einnahmen generieren und gleichzeitig das Umweltbewusstsein und die Erhaltung der kulturellen und natürlichen Vielfalt fördern will. Dazu will sie im grossen Stil in den Ausbau der touristischen Infrastruktur investieren, während sie für die Landwirtschaft kaum Fördergelder übrig hat. Doch die „Natur“ und „Kultur“, die das Tourismusdepartement auf dem Markt zum Kauf anbietet, gehöre nicht der Regierung, empört sich Joan Carling von der Indigenenorganisation „Cordillera Peoples Alliance“. „Die Menschen haben das Recht, darüber zu entscheiden, was sie mit ihren Ressourcen und ihrer Kultur tun wollen. Die Regierung hat kein Recht, einen touristischen ‚Masterplan‘ für sie zu erstellen und sie zu verkaufen. Und falls die BewohnerInnen der Kordillieren beschliessen, ihre Ressourcen für den Tourismus zu nutzen, so sollten sie diejenigen sein, die davon profitieren.“

Die Schattenseiten des „Ökotourismus“

Die Mitbestimmung der ansässigen Bevölkerung und ihre wirtschaftliche Teilhabe an der Tourismusentwicklung liegen nicht nur in den philippinischen Kordillieren im argen, sondern sind weithin ungelöste Probleme der verschiedensten „Ökotourismusprojekte“ in naturnahen Gebieten des Südens. Initiiert und kontrolliert wird die Mehrheit dieser Projekte von auswärtigen Akteuren. Ein Grossteil der Einnahmen fliesst daher in die nationalen Zentren und zum Teil ins Ausland ab und steht für den Naturschutz und die Einkommensschaffung vor Ort meist nur bedingt zur Verfügung. Die Vorteile für die Einheimischen beschränken sich nicht selten auf ein paar wenig qualifizierte Arbeitsplätze. Dass die Bevölkerung in abgelegenen Gebieten bei der Tourismusentwicklung übergangen wird, hängt oft damit zusammen, dass sie nicht über gesicherte Land- oder Nutzungsrechte verfügt. Auch heute noch werden Menschen – oftmals indigene Gemeinschaften – von ihrem Land vertrieben oder ihre traditionellen Wohnrechte werden aufgehoben, sodass sie die natürlichen Ressourcen in den neu ausgewiesenen Schutzgebieten nicht mehr nutzen dürfen.

Problematisch ist weiterhin, dass im Namen des „Ökotourismus“ vielfach neue – als „unberührt“ geltende – Gebiete für Investoren erschlossen und nur selten bestehende Tourismusangebote verträglicher ausgestaltet werden. Dies habe vielerorts zu einer zusätzlichen ökologischen Beeinträchtigung der Naturgebiete geführt, beklagen KritikerInnen aus den verschiedensten Ländern. So ziehe die touristische Erschliessung unter anderem illegale Holzfäller, Minengesellschaften und SiedlerInnen an. Das Ziel, mit „Ökotourismus“ weniger nachhaltige Nutzungen fernzuhalten, schlägt so häufig ins Gegenteil um. Aber auch das Vermitteln von traditionellem Wissen um Heilpflanzen und Kultursorten, das oft den besonderen Reiz solcher „Ökoreisen“ ausmacht, birgt Risiken. Dem philippinischen Umweltministerium sind mehrere Fälle von Biopiraterie bekannt, in denen WissenschaftlerInnen wertvolle Naturressourcen

ausser Landes geschmuggelt und mittels Patentierung in den Besitz ausländischer Pharma- und Agrarunternehmen gebracht haben. Werden keine vorsorgenden Massnahmen getroffen, können die Dienstleistungen der einheimischen NaturinterpretInnen allzu leicht von profitorientierten Forschungsinteressen missbraucht werden.

Die Umweltbelastung beginnt allerdings nicht erst mit der Ankunft im Reiseland. Viele der artenreichsten Naturgebiete sind in den Ländern des Südens zu finden, weshalb die Mehrzahl der „ÖkotouristInnen“ über weite Strecken anreisen muss – zumeist mit dem Flugzeug. Der Freizeitverkehr wird in der „Ökotourismus“-Debatte allzu gerne ausgeklammert. Doch bereits heute ist der Flugverkehr für 13 Prozent des CO₂-Ausstosses der Schweizer Bevölkerung verantwortlich. Sein Anteil an der globalen Klimaerwärmung, die ihrerseits verheerende Auswirkungen auf Natur und Umwelt hat, ist beträchtlich und stark wachsend.

„Ökotourismus“ – ein umstrittener Begriff

Unter der Fahne des „Ökotourismus“ segeln in der Praxis die unterschiedlichsten Tourismusangebote, die zuweilen nur eine Gemeinsamkeit haben: Sie sind – zumindest für einen kurzen Zeitpunkt der Reise – mit dem Besuch eines naturnahen Gebietes verknüpft. Eine international anerkannte Definition, die klar stellen würde, an welchen Kriterien man das „Ökotourismusmodell“ in der Praxis messen könnte, existiert bis heute nicht. Nichtsdestotrotz haben die Vereinten Nationen das Jahr 2002 zum „Internationalen Jahr des Ökotourismus“ erklärt. Dies hat viele indigene Gemeinschaften, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen – insbesondere aus dem Süden – alarmiert. Sie befürchten, dass transnationale Unternehmen das „Ökotourismusjahr“ dazu nutzen könnten, ihre eigenen Vorstellungen und Definitionen durchzusetzen. Tatsächlich lässt das Jahr – wie auch der Begriff – viel Interpretationsspielraum. Die Vereinten Nationen haben laut den Organisatoren bei der Welttourismusorganisation (WTO) und beim UN-Umweltprogramm (UNEP) keinerlei Richtlinien für die Organisation des „Ökotourismusjahres“ vorgegeben – damit sind Ziele und Prioritäten noch auszuhandeln. Bis auf weiteres wollen sich WTO und UNEP an den Definitionen der Internationalen Ökotourismusgesellschaft und des WWF orientieren, die vorrangig die Finanzierung von Naturschutzmassnahmen/-gebieten, die Schaffung von lokalem Einkommen sowie die Erhöhung der Naturschutzakzeptanz zum Ziel haben. Für die Indigenenorganisation „Rethinking Tourism Project“ (RTP) ist es unverständlich, dass diese von indigenen Völkern mehrfach abgelehnten Definitionen weiterhin zur Diskussion stehen, während die – anlässlich der achten Session der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD8) 2000 – von mehreren NROs, indigenen Völkern und Gewerkschaften entwickelte „Ökotourismusdefinition“ ignoriert werde. Letztere stellt die selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund, bei der alle Betroffenen als gleichberechtigte, vollumfänglich informierte TeilnehmerInnen einbezogen sind. Den indigenen Gemeinschaften wird das Recht eingeräumt, sich auch gegen eine touristische Entwicklung in ihrem angestammten Lebensraum zu entscheiden.

Hinter dieser Forderung steht die viel zu selten gestellte Frage nach Macht und Einfluss der involvierten Akteure. Im Prinzip fusst das „Ökotourismusmodell“ auf der Annahme, dass die Kooperation zwischen Tourismuswirtschaft, Naturschutzorganisationen, Regierungen und lokalen Gemeinschaften schlussendlich zu einer erfolgreichen Planung und Umsetzung von „Ökotourismus“ führt. Betont werden die gemeinsamen Interessen. Die Tatsache, dass sich die Ansprüche in der Praxis bis jetzt nur sehr bedingt verwirklichen liessen, wird meist mit der noch mangelhaften Planung und Umsetzung erklärt, die es – u.a. mit Hilfe von „Best Practices“ – zu optimieren gilt. Ausgeblendet wird, dass die traditionellen BewohnerInnen vieler Naturgebiete nicht selten Ziel einer Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik durch die

dominanten sozialen Gruppen ihres Landes (gewesen) sind. Dementsprechend gering ist ihr politischer und ökonomischer Einfluss. Angesichts der oft gegensätzlichen Interessen und Motive der involvierten Akteure stellt sich daher die grundsätzliche Frage, ob das „Ökotourismusmodell“ sein „Win-Win“-Versprechen auch zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen wird einlösen können.

Neuausrichtung des „Ökotourismusjahres 2002“

Inzwischen hat sich eine internationale Koalition von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) formiert, die sich für eine Neuausrichtung des Jahres stark macht. Statt ein „Promotionsjahr“ für eine nur vage definierte Tourismusform durchzuführen, solle das Jahr dazu benutzt werden, zu untersuchen, welche positiven und negativen Folgen der sogenannte „Ökotourismus“ für die Umwelt und den Lebensalltag der betroffenen Menschen bis heute tatsächlich gehabt hat. In einem Brief an UN-Generalsekretär Kofi Annan sowie an die verantwortlichen Organisatoren bei der WTO und UNEP forderte die Koalition im Januar 2001, den Anlass in ein „Internationales Jahr zur *Überprüfung* des Ökotourismus“ umzutaufen und eine unabhängige Evaluierungskommission einzurichten. Zudem fordert die Koalition die WTO und UNEP auf, den „Multi-Stakeholder-Dialogue“ – die Partizipation aller betroffenen Parteien –, zu dem sich die Vereinten Nationen im Rio-Folgeprozess verpflichtet haben, bei ihren Vorbereitungsarbeiten künftig ernster zu nehmen. Zum Vorbereitungstreffen im vergangenen Februar hatten die WTO und UNEP lediglich eine NRO-Vertreterin aus dem Süden eingeladen, die zudem aus finanziellen Gründen absagen musste, weil sie Reise und Unterkunft selber hätte bezahlen müssen.

Evaluation tut Not

Eine gründliche Evaluation tut wahrlich Not. Der „Ökotourismus“ gilt heute als einer der dynamischsten Wachstumsnischen der globalisierten Tourismusindustrie. Seit kurzem ist er auf dem internationalen politischen Parkett ein hohes Thema. Dass die Tourismusindustrie einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten könnte, hat sie bis heute nicht beweisen können. Im Gegenteil, die Erfolgsbilanzen der transnationalen Tourismuskonzerne und die Konzentrationsprozesse in der Branche legen die Vermutung nahe, dass das grosse Geschäft eher zur Umverteilung von arm nach reich beiträgt. Die immer wieder geäußerte Hoffnung, der „Ökotourismus“ sei mehr als ein Nischenprodukt, ja vielleicht gar ein Vorbild für eine nachhaltige Ausgestaltung der Tourismusindustrie, scheint angesichts der finanz- und handelspolitischen Rahmenbedingungen gewagt. Solange die Auswirkungen der Liberalisierungsabkommen im Dienstleistungsbereich (GATS) auf Natur und Gastbevölkerung aus der Debatte ausgeklammert werden, sind die Hoffnungen auf einen insgesamt nachhaltigen „Ökotourismus“ schwerlich ernst zu nehmen. Gerade die Liberalisierung der Dienstleistungen, die auch vor „Ökotourismusprojekten“ nicht Halt macht, verschlechtert die Chancen finanzschwacher und verwundbarer Akteure in einem weltweit zunehmenden Konkurrenzkampf. Selbstbestimmte kommunale „Ökotourismusprojekte“, die auf eine nachhaltige Ressourcennutzung und möglichst breite wirtschaftliche und politische Partizipation setzen, verfügen oft nicht über die nötigen unternehmerischen Erfahrungen, um nennenswerte Einnahmen zu generieren. Zudem haben sie gegen die Konkurrenz finanzkräftiger Grossunternehmen schlechte Karten. Eine effektive Berücksichtigung von Umweltbelangen sieht GATS nicht vor. Der Spielraum für nationale und lokale Behörden, Regelungen zum Schutze der natürlichen Ressourcen einzuführen, dürfte sich durch die internationalen Verpflichtungen stark einschränken. Die indische Organisation „Equations“ befürchtet, dass der freie Import von Technologie, Know-How, Finanzen, Arbeitskräften und anderen Dienstleistungen dazu führen könnte, dass

lokale Anbieter marginalisiert und die Naturerschließung und der Ausbau der touristischen Infrastruktur ohne Berücksichtigung ökologischer Kriterien forciert würden.

Unterschiedliche Systemlogiken

Wer „Ökotourismus“ als Zielvorgabe ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit rückt, darf demnach über die handels- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen, unter denen sich jede Form von Tourismus entwickelt, nicht schweigen. „Ökotourismus“ in Entwicklungsländern wird von Wolfgang Strasdas treffend als Überschneidungsbereich mehrerer Systeme – Naturschutz, Tourismus, Entwicklungszusammenarbeit – begriffen. Neben gemeinsamer gäbe es immer auch widerstreitende Interessen, denn jedes System folge prinzipiell nur seiner eigenen Logik. So ziele das Tourismussystem primär auf die Durchsetzung wirtschaftlicher Partikularinteressen auf globalen Märkten. Aufgrund seiner zersplitterten Organisation – seiner unterschiedlichsten Akteure auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene – neige der Tourismus als Branche zu kurzfristigem Denken und zur Externalisierung der Betriebskosten. Demgegenüber versuche der Naturschutz langfristige Gemeinwohlinteressen zu verwirklichen. Jedes Systeme verstehe (bzw. akzeptiere) von aussen kommende Steuerungsversuche nur dann, wenn sie der Logik des Systems entsprächen. Dies haben die Umweltorganisationen begriffen und bieten nun den marktwirtschaftlichen Akteuren im Tourismus und in den Naturgebieten eine marktwirtschaftliche Antwort auf die Frage, wieso Naturschutz ein erstrebenswertes Ziel sei. Mit „Ökotourismus“ soll die Natur wirtschaftlich „in Wert gesetzt“ werden, womit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen wären: Geld für den Naturschutz würde generiert und die ansässige Bevölkerung würde sich so des Wertes einer intakten Umwelt bewusst. Implizit wird damit der Annahme Vorschub geleistet, dass die traditionellen Subsistenzwirtschaften weder produktiv noch profitabel seien und die Lokalbevölkerung die natürlichen Ressourcen grundsätzlich nicht nachhaltig nutzten. Dabei wird ignoriert, dass indigene Völker mit ihrer angepassten Wirtschafts- und Lebensweise in vielen Naturgebieten über Generationen hinweg dafür gesorgt haben, dass sich die artenreichen Ökosysteme erhalten konnten. Auch wenn in Einzelfällen schlimmere Nutzungen – wie etwa die Erdölförderung – abgewendet werden können, stellt sich die Frage, ob die marktwirtschaftliche Inwertsetzung der Naturräume durch den Tourismus mit den Zielen des Naturschutzes und den Interessen der traditionellen Wirtschafts- und Kultursysteme vor Ort langfristig kompatibel ist. Das „Internationale Jahr zur Überprüfung von Ökotourismus“ böte hier die Gelegenheit, solche längst fälligen Untersuchungen in Angriff zu nehmen und von den Erfahrungen der betroffenen Menschen im Süden zu lernen.

Quellen:

- *Joan Carling, Fragwürdiger Ökotourismus, in: mosquito 6/99*
- *Equations, About time we rethought Tourism in the GATS, 2000*
- *Anita Pleumarom, Eco-tourism: A new „Green Revolution“ in the Third World, in: Clearinghouse for Reviewing Ecotourism (www.twinside.org.sg/tour.htm)*
- *Wolfgang Strasdas, Ökotourismus in der Praxis, Ammerland, 2001*
- *akte- Kurznachrichten 1/2001 und 2/2001*

Weitere Informationen: United Nations Environment Programme (UNEP), www.unep.org, World Tourism Organisation (WTO-OMT), www.world-tourism.org

Dieser Artikel ist im Juni 2001 in der Zeitschrift "integra" erschienen.